

„Das Hilfgeld kommt viel zu spät“

Die Steuerberater sind ganz nah dran am Existenzkampf im Mittelstand. Hier schildert einer von ihnen seinen Alltag zwischen Mutmachen und Rettungsbürokratie.

Herr Rupprich, Sie sind Partner einer Steuerberaterkanzlei in Wetzlar. Wie ist die Lage bei Ihnen?

Turbulent. 2020 war ein Jahr, wie ich es in mehr als 30 Jahren Berufspraxis noch nicht erlebt habe. Die staatlichen Überbrückungshilfen für Gastronomen, Einzelhändler und viele andere betroffene Unternehmen müssen ja ganz überwiegend von uns Steuerberatern gestellt werden – das dürfen die Unternehmer nicht selbst machen. Der Arbeitsaufwand ist enorm. Wir sind eine mittelständische Steuerberaterkanzlei mit 40 Mitarbeitern und betreuen rund 800 Unternehmen als Mandanten. So viele Überstunden wie im vergangenen Jahr gab es bei uns noch nie, und 2021 geht es genauso heftig weiter.

In Ihrem Berufsalltag sind Sie nah dran an der Corona-Krise des Mittelstands. Wie effektiv sind die staatlichen Hilfen?

Das Geld kommt einfach viel zu spät bei den Betroffenen an. Ich gebe Ihnen mal ein typisches Beispiel: Wir haben für einen Gastronomen einen Antrag auf die sogenannte Novemberhilfe der Regierung gestellt, weil er sein Lokal zum Infektionsschutz bis auf weiteres schließen musste. Insgesamt wurden 40 000 Euro beantragt, die erste Abschlagszahlung von 10 000 Euro hatte er am 2. Dezember auf dem Konto – seither kam kein einziger weiterer Euro bei dem Mann an. Er hat also Anfang Januar erst ein Viertel der Hilfgelder für die Ausfälle erhalten, die er im November erlitten hat. Und die Auszahlung der Hilfen für den Dezember läuft ähnlich schleppend.

Und was tat der Gastwirt in seiner Notlage?

Der braucht dringend Liquidität, da geht es um die Existenz. Er hat vergeblich versucht, Geld über weitere Darlehen von Banken zu beschaffen. Am Ende hat er seine Familie um Unterstützung gebeten. Es sind also private Darlehensgeber eingesprungen, weil bei den Banken nichts ging. Solche Fälle gibt es ständig.

Wie können die Hilfsprogramme verbessert werden?

Der Staat sollte sich auf den Antrag des Steuerberaters verlassen und sofort die gesamte Summe an Hilfgeldern auszahlen, statt nur eine Abschlagszahlung. Die Prüfung durch die Behörden kann später erfolgen. Am Ende gibt es doch ohnehin eine Schlussabrechnung, die



Hartmut Rupprich, 62 Jahre, ist Partner einer Kanzlei im hessischen Wetzlar, die rund 800 Unternehmen betreut.

Foto Frank Röh

zeigt, ob der Hilfspfänger zu viel Geld erhalten hat und ob er etwas zurückerstatten muss. Der Staat trägt dann zwar vielleicht ein Ausfallrisiko. Aber, ich bitte Sie! In solchen Ausnahmesituationen wie jetzt muss man nun mal in Vorleistung gehen. Wir Steuerberater haben ja die Anträge nach bestem Gewissen geprüft. Warum werden dann auf dieser Basis die Hilfgelder nicht sofort in voller Höhe überwiesen? Mir ist das unverständlich.

Schaffen es die Steuerberater überhaupt, die ganzen Anträge zügig zu stellen?

Wir kommen da an die Grenze, und das liegt auch daran, dass wir noch nicht die genauen Rahmenbedingungen kennen. Dadurch wird alles noch komplizierter. Nehmen wir die sogenannte Überbrückungshilfe 2 als Beispiel. Für die kam am 5. Dezember eine Einschränkung, weil es von Seiten der EU beihilferechtliche Bedenken gab. Aber wie diese Einschränkung konkret auszuwirken ist, das hat uns das Bundeswirtschaftsministerium bis heute – also einen Monat später – immer noch nicht mitgeteilt. Für uns Steuerberater ist es frustrierend, keine Rechtssicherheit zu haben. Wir haften schließlich für die Angaben, die wir machen.

Die Unklarheit macht Extraarbeit?

Ja, natürlich. Bei uns in der Kanzlei liest jeder als Feierabendbeschäftigung im Internet nach, ob es wieder irgendwelche neuen Empfehlungen oder Hinweise vom Bundeswirtschaftsministerium, der Steuerberaterkammer oder von den Landesregierungen gibt. Wir werden überschüttet mit Informationen, die wir alle zeitnah verarbeiten müssen. Wenn ich dann die Vorwürfe höre, die Steuerberater seien zu teuer, dann macht mich das wütend. Ich weiß nicht, ob sich die Leute Gedanken machen, wie viel Arbeit in so einem Antrag steckt. Den stellt man nicht mal einfach so schnell zusammen.

Wie lange brauchen Sie für einen Antrag auf Corona-Hilfe, und was kostet er?

Bei einem Gastronomen, der bereits unser Mandant ist und dessen Geschäftszahlen ich deshalb kenne, sind das sechs bis sieben Stunden Arbeit. Eigentlich müssten wir dafür 1000 bis 1200 Euro in Rechnung stellen. Aber das kann ich bei Mandanten, zu denen ich eine langjährig gewachsene Geschäftsbeziehung habe, in der derzeitigen Notsituation einfach nicht machen. Wir schreiben also häufig erst einmal keine Rechnung.

Bei welchen Ihrer Kunden ist die Not am größten?

Wenn der Lockdown über den Januar hinaus andauern sollte, dann werden

nach meiner Schätzung ein Drittel der Gastronomen aufgeben müssen. In anderen Wirtschaftszweigen ist die Lage noch dramatischer: Wir haben auch zwei Betriebe aus der Veranstaltungsbranche, die bauen Bühnen auf, sorgen für Tonalanlagen und Lichttechnik. Deren Geschäft gibt es einfach nicht mehr. Einer der beiden Betriebe ist schon insolvent, und ich fürchte auch um den anderen.

Wie ist die Lage im Einzelhandel?

Das ist sehr unterschiedlich. Aber der typische Modehändler hat Saisonware für den Winter eingekauft und konnte diese nicht absetzen. Das ist Fakt, und die Ware ist zum Teil vorfinanziert. Wenn die Geschäfte weiter zubleiben müssen, wird es schwer. Ich befürchte, dass insbesondere viele kleine und mittelgroße Modegeschäfte in den Innenstädten die Krise nicht überstehen werden. Die Eigenkapitaldecke dieser Unternehmen ist einfach zu dünn, um die Einbußen abpuffern zu können.

Es gibt doch milliardenschwere Hilfen für die Unternehmen.

Natürlich, aber im Einzelhandel ersetzt der Staat eben nicht Umsatzausfälle, wie das in der Gastronomie im November und Dezember der Fall war. Für den Handel gibt es nur Zuschüsse zu den Kosten. Das unseren Mandanten zu ver-

mitteln ist manchmal nicht einfach: Die fühlen sich zu Recht als Betroffene der Krise und wir müssen ihnen dennoch sagen, dass sie leider keinen Anspruch auf eine Umsatzersatzung haben. Das ausgefallene Geld aus den Verkäufen der Monate Dezember und Januar wird aber dringend benötigt, um damit die Ware der nächsten Saison zu finanzieren.

Der Staat hilft doch aber auch den Einzelhändlern?

Die Händler werden bei den fixen Kosten unterstützt, also vor allem bei der Miete für das Ladengeschäft. Aber die Leute brauchen ja auch Geld zum Leben. Und wenn dann die Politik hingehgt und auf Hartz IV verweist, wie das unser Bundeswirtschaftsminister bei den Solo-Selbständigen am Anfang der Krise getan hat, dann halte ich das für bedenklich.

Fallen die Solo-Selbständigen bei den Hilfen weiter durchs Raster?

Leider ja. Es gibt zwar bei der Überbrückungshilfe einen kleinen Betrag, der erstattet wird, quasi als Gewinnausfall. Aber davon kann man keine Familie ernähren. Wir betreuen zum Beispiel einen selbständigen Fotografen, verheiratet, zwei Kinder. Vor Corona hat er mit seinem Beruf zwar keine Reichtümer verdient, aber er hatte sein Auskommen. Jetzt hat er keine Aufträge mehr.

Der Familie bleibt nur die staatliche Grundsicherung.

Sind Sie im Corona-Jahr zum Seelenröster und Mutmacher geworden?

Seelenröster und Mutmacher waren wir Steuerberater immer schon ein Stück weit. Das ist für uns nichts Neues. Es ist jetzt nur sehr viel mehr geworden. Da spielen sich manchmal Dramen ab.

Wie bringen Sie einem Mandanten bei, dass sein Unternehmen wahrscheinlich am Ende ist?

Ich bin Berater, und wenn ich sehe, dass es nicht reichen wird, falls sich die Geschäftszahlen nicht bessern, dann muss ich das dem Mandanten klar sagen. Die unternehmerische Entscheidung aber, was zu tun ist, kann ich ihm nicht abnehmen.

Geht Ihnen das nicht manchmal sehr nahe, wenn Sie solche Hiobsbotschaften überbringen müssen?

Klar geht mir die Sorge um die Existenzen unserer oft langjährigen Mandanten unter die Haut. Sie müssen bedenken, dass die Betroffenen persönlich keinerlei unternehmerische Fehler gemacht haben und wirklich nur krisenbedingt nun um ihre Existenz kämpfen.

Wie viele von den rund 800 Unternehmen, die ihre Kanzlei betreut, sind derzeit insolvenzgefährdet?

Vielleicht 5 bis 10 Prozent. Unser Büro hat zum Glück Mandanten aus vielen verschiedenen Branchen, von denen nicht alle so stark betroffen sind wie die Gaststätten und Ladenbesitzer. Dennoch war der Anteil der existentiell gefährdeten Unternehmen bei uns noch nie so groß wie heute. Übrigens gibt es auch Steuerberater, die durch Corona mit dem Rücken zur Wand stehen: Manche Büros haben sich auf bestimmte Berufsgruppen wie etwa darstellende Künstler oder Gastronomen spezialisiert.

Kommt eine Pleitewelle in Deutschland, wenn von Februar an das vorübergehend gelockerte Insolvenzrecht wieder greift?

Die Zahl der Insolvenzen wird ganz sicher steigen. Aber diese Statistiken werden nur die halbe Wahrheit zeigen: Wir haben ja sehr viele kleine und mittlere Unternehmen, die inhabergeführt sind und in der Rechtsform eines Einzelunternehmers oder als Personengesellschaft firmieren. Für die gilt die gesetzliche Insolvenzantragspflicht nicht, wie sie etwa für eine GmbH bindend ist. Das Scheitern dieser Betriebe taucht in keiner Statistik auf, die machen einfach zu und sind verschwunden.

Wirtschaftsminister Peter Altmaier hat zu Beginn der Krise gesagt: Kein Unternehmen soll wegen Corona Insolvenz anmelden müssen. War das zu leichtfertig?

Natürlich konnte auch der Wirtschaftsminister damals noch nicht wissen, wie sich die Pandemie weiterentwickeln würde. Ich selbst war allerdings schon im vergangenen Frühjahr, als der Satz fiel, skeptisch. Inzwischen hat die Zeit uns gelehrt, dass diese Aussage falsch war.

Das Gespräch führte Marcus Theurer.

NAMEN & NACHRICHTEN

Der Tele-Arzt kommt bald nach Hause

Online-Medizin entwickelt sich weiter. Von Sebastian Balzter

Die Corona-Seuche befördert nicht nur die Geschäfte von Essenslieferdiensten und Videokonferenzfirmen. Auch die Telemedizin-Anbieter zählen zu den Gewinnern der Krise. Die Idee, per Telefon oder Internet einen Arzt zu Rate zu ziehen, ohne ein Wartezimmer mit Dutzenden anderen Patienten teilen zu müssen, hat derzeit einen besonderen

Charme. Der Hamburger **David Meinertz**, Jurist und Sohn eines Arztes, ist von dem Konzept schon lange überzeugt, er zählt hierzulande zu den Pionieren des Konzepts: Schon vor bald elf Jahren hat er die Online-Arztpraxis **Dr. Ed** gegründet, die seit 2019 unter dem Namen **Zava** firmiert. Dafür ging Meinertz ins Exil nach London, denn in

Deutschland war das Geschäftsmodell anfangs nicht erlaubt – die deutschen Ärztekammern bestanden damals noch grundsätzlich auf physischen Kontakt mit den Patienten, sperrten sich gegen die Digitalisierung, und Kritiker versuchten Meinertz' Firma anfangs als bloßen Rezeptversender für anonym verordnete Potenzverstärker zu brandmarken. Dieser Widerstand ist inzwischen größtenteils überwunden, Zava unterhält nun auch eine Geschäftsstelle in Hamburg, Meinertz sieht sich in seiner Heimat Deutschland auf Wachstumskurs. Rund 25 niedergelassene Ärzte bieten ihre Dienste hierzulande über die Plattform an, der Umsatz ist im vergangenen Jahr nach Angaben der Firma um rund 50 Prozent gestiegen. Jetzt kündigt Meinertz der F.A.S. gegenüber den nächsten großen Schritt an: Zava übernimmt das mit rund 250 Ärzten in allen größeren deutschen Städten kooperierende Berliner Start-up **Medlanes**, 2014 von Erik Stoffregen und Emil Kendziorra als Vermittlungsdienst für ärztliche Hausbesuche und Praxistermine gegründet – also erst einmal gerade das Gegenteil des ursprünglichen Telemedizin-Gedankens. „Wir können nicht jede Erkrankung telemedizinisch bearbeiten, für etwa jeden fünften Fall ist eine körperliche Untersuchung nötig“, erläutert Meinertz die Logik hinter der Übernahme; was Zava den bisherigen Anteilseignern dafür bezahlt, neben den Gründern gehören

dazu Wagniskapitalgeber wie die Berliner Firma **Rheingau Founders**, will er nicht sagen.

Mindestens genauso wichtig wie die Verknüpfung von Online- mit Offline-Medizin dürfte als Argument für die Übernahme sein, dass Zava dadurch sein Ärzte-Netzwerk in Deutschland auf einen Schlag verzehnfacht. Damit setzt sich die Firma zumindest in diesem Punkt fürs Erste von ihren schärfsten Wettbewerbern ab, von denen einige mit ihren eigenen Expansionsplänen ins Hintertreffen geraten sind. Das gilt zum Beispiel für den deutschen Ableger des Schweizer Anbieters **Medgate**, gegründet vom früheren Notarzt **Andy Fischer**, der eine erst im Dezember 2019 eingegangene Zusammenarbeit mit der Krankenhauskette **Rhön-Klinikum** nach nur einem Dreivierteljahr wieder aufgelöst hat. Der Krankenhauskonzern **Asklepios** hatte die Rhön-Kliniken übernommen und offenbar andere telemedizinische Pläne verfolgt. Auch die Zukunft von **Teleclinic**, deren Gründerin **Katharina Jünger** wie Zava-Chef **David Meinertz** aus einer Ärztfamilie stammt, ist ungewiss. Das Münchner Start-up hatte lange nach neuen Finanzquellen gesucht, wurde im vergangenen Sommer dann aber für gut 40 Millionen Euro vom Schweizer Arzneimittelversender **Zur Rose** übernommen, der in Deutschland mit der Online-Apotheke **Doc Morris** bekannt ist.

Banker für die BBC

Ein früherer Partner der amerikanischen Investmentbank **Goldman Sachs** soll neuer Chairman der britischen Rundfunkanstalt **BBC** werden: **Richard Sharp**, 64 Jahre, wurde von der Regierung von Premierminister **Boris Johnson** für den Spitzenposten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf der Insel nominiert. Der Ex-Banker sei „genau der Vorsitzende, den die BBC jetzt braucht“, sagte Kultusminister **Oliver Dowden**. Der Chairman führt nicht das operative Geschäft der Anstalt, hat aber eine wichtige Aufsichtsfunktion.



Richard Sharp Foto AFP

Die im Jahr 1922 gegründete **BBC** ist die älteste nationale Rundfunkanstalt der Welt und genießt globales Ansehen, doch geriet sie in den vergangenen Jahren in Großbritannien auch heftig in die Kritik.

Gegner aus **Boris Johnsons** konservativer Partei werfen dem öffentlich-rechtlichen Medienkonzern vor, er berichte nicht unparteiisch, sondern habe eine Schlagseite nach links. Kultusminister **Dowden** kritisierte, die **BBC** habe in ihrer Berichterstattung einen „engen urbanen Blick“. **Sharp** soll dem entgegenwirken.

Allerdings gibt es auch Zweifel an der Unabhängigkeit des neuen Chairmans. Er hat seit der Jahrtausendwende rund 400 000 Pfund an die britischen Konservativen gespendet. Im vergangenen Jahr wirkte **Sharp** als Berater von Schatzkanzler **Rishi Sunak**, der früher ebenfalls für **Goldman Sachs** gearbeitet hat und dessen Vorgesetzter **Sharp** damals war. **Sharp** beriet auch Regierungschef **Boris Johnson**, als dieser noch Bürgermeister von London war.

Andererseits könnten die guten Drähte **Sharps** in die Regierung helfen, den schwelenden Konflikt zwischen der **BBC** und den regierenden Konservativen zu befrieden. Im vergangenen Jahr gab es Medienberichte, wonach die Regierung die **BBC**, die zu den größten Rundfunkanstalten der Welt zählt, deutlich verkleinern wolle. Sogar die Finanzierung über eine ähnlich wie in Deutschland obligatorische Rundfunkgebühr stehe zur Disposition. Zeitweise galt der Journalist **Charles Moore**, früherer Chefredakteur des konservativen „Daily Telegraph“ und einer der härtesten Kritiker der **BBC**, als Kandidat für den Chairman-Posten. *theu.*



David Meinertz (Zava)

Foto Zava



Katharina Jünger (Teleclinic) Foto Jan Roeder